

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, Ulrike
Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/550 –**

Tierschutzpolitik energisch fortführen und weiterentwickeln

A. Problem

Beim Tierschutz stehen, aus Sicht der Antragsteller, trotz der Fortschritte in den vergangenen Jahren in verschiedenen Bereichen noch Umsetzungen aus, wie z. B. bei der Nutztierhaltungsverordnung für Pelztiere. Außerdem seien weitere Initiativen wie z. B. die Einführung eines Verbandsklagerechts notwendig. Die Bundesregierung solle deshalb aufgefordert werden, weitere Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes zu ergreifen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/550.

D. Kosten

Kosten werden in beiden Anträgen nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle in Kenntnis des Tierschutzberichts 2005 – Drucksache 15/5404 – beschließen, den Antrag auf Drucksache 16/550 abzulehnen.

Berlin, den 10. Mai 2006

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bärbel Höhn
Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. Peter Jahr
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Jahr, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldman, Dr. Kirsten Tackmann und Bärbel Höhn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/550** in seiner 16. Sitzung am 9. Februar 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass in den Vorjahren bedeutsame tierschutzpolitische Vorhaben

- zum Schutz von Versuchstieren,
- zum Schutz bei Tiere bei Schlachtung,
- Anreize für tiergerechte Haltungsverfahren durch eine entsprechende Änderung der Agrarförderung

umgesetzt worden seien.

Die Bundesregierung soll überdies aufgefordert werden,

- die Abschaffung der Käfigbatteriehaltung aufrecht zu erhalten,
- bei der Umsetzung der Nutztierhaltungsverordnung für Schweine, sowohl EU-Recht als auch das nationale Tierschutzgesetz zu beachten,
- das Schächten neu zu regeln,
- ein Zentralregister für Wildtiere in Zirkussen einzurichten,
- die Novellierung des Jagdschutzgesetzes in den Gesetzgebungsprozess einzubringen und
- das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/550 in seiner 10. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/550 in seiner 15. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/550 in seiner 12. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/550 in seiner 10. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 14. Sitzung am 10. Mai 2006 die Drucksache 16/550 abschließend beraten.

Die Fraktionen **CDU/CSU** und **SPD** unterstreichen die generelle Bedeutung des Tierschutzes und verweisen darauf, dass es bei bedeutsamen Problemen breite Übereinstimmung im Ausschuss gebe. Dies treffe jedoch nicht zu für das im Antrag geforderte Verbandsklagerecht zu. Deshalb werde man den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der **FDP** erklärt, den Antrag abzulehnen, weil er insgesamt zu generell gefasst sei.

Die Fraktion **DIE LINKE.** erklärt, dem Antrag zustimmen zu wollen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläutert, wichtig sei es, ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einzuführen, mit dem man im Bereich des Naturschutzes gute Erfahrungen gemacht habe.

Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 16/550 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 10. Mai 2006

Dr. Peter Jahr
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldman
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bärbel Höhn
Berichterstatterin

